



Kassen gelassen haben wir aus unserem Programm endlich auch noch die Forderung, daß die Volksvertretung bei

### Zerlegung der Post- und Eisenbahntarife

mitwirken habe. Das ist recht gut, wo die Volksvertretung nicht zusammengelegt ist, ist aber gefährlich, vielleicht verberbtlich, wo die Volksvertretung so zusammengelegt ist, daß die erwerbende Bevölkerung ihren Schutz gegen Tarifveränderungen nicht gegen die Regierung bei der Volksvertretung, sondern gegen die Volksvertretung bei der Regierung zu suchen hat, und solche Länder gibt es selber in Deutschland auch noch mehr als gut ist.

Das werden so ungefähr die wichtigsten Unterschiede sein. Allen Wünschen kann der Entwurf nicht entsprechen, es wird das mit jedem Programm der Fall sein. Es wäre in manchem Punkt anders ausgefallen, wenn wir allein unser Programm revidiert hätten. Das ist bei den beiden anderen Parteien gerade so. Aber wir können uns sagen: es steht kein Wort in dem Programm, das nicht jeder von uns aus Überzeugung unterschreiben kann; der Zurückstellung weniger wichtiger Forderungen sehen zahlreiche Erweiterungen und Verbesserungen gegenüber, die oft nicht weniger radikale Fortschritte bedeuten. Und was die Hauptsache ist: bei aller Kritik in der Form, bei aller Zurückhaltung in den Einzelheiten erscheint das Programm doch keinem von uns als etwas Fremdartiges, Aufgezwungenes. Nein, die Weltanschauung, die es vertritt, das kraftvolle Verlangen, das aus ihm spricht, sie sind uns demokratisch vertraut, sie erscheinen uns als ein Stück unseres Lebenswerks. Das Programm im ganzen ist fleisch von unserem Fleisch und Geist von unserem Geist. Mit gutem Gewissen können wir es annehmen, mit Überzeugung vertreten und durchführen.

Rum zum

### Organisationsstatut.

Der Würdigung des Entwurfs ist voranzuschicken, daß unsere eigenen Satzungen sich praktisch nicht durchaus bewährt haben. Namentlich sind die Vertrauensmänner nicht immer bestellt worden, mit dem Eingang der Jahresbeiträge hat es immer geklappt und die Vorschriften über die Abkündigung der Parteitage konnten bloß bestehen bleiben, weil man sie im allgemeinen Einverständnis so gut wie gar nie angewendet hat.

Es lag also nahe, sich nicht an die Statute der beiden anderen Parteien anzuschließen, die sich besser bewährt haben. Dabei dürfen wir auch nicht übersehen, daß die Organisation einer großen, alle Teile Deutschlands umfassenden Partei eine andere sein muß, als die einer verhältnismäßig kleinen.

Das zeigt sich gleich an der Zusammenfassung des Parteitag. Es ist gewünscht worden, daß nicht bloß die Delegierten, sondern wie bisher bei anderen Parteitagen, jeder Parteigenosse das Recht haben solle, auf dem Parteitag wenn nicht zu stimmen, so doch wenigstens mitzureden, d. h., daß die Zahl der Teilnehmer eine unbegrenzte sein solle. Das ist technisch ein wenig nicht möglich. Die Mitglieder des Reichstages und der Landtage, die Parteigenossen, die dem letzten Reichstag angehört hatten, und die Mitglieder des Zentralausschusses miteinander machen schon heutzutage — und wir wollen doch die Zahl unserer Mandate vermehren — weit über 100 Personen aus, von denen wohl die meisten anwesend sein werden. Dazu treten noch die Delegierten, drei für jeden Reichstagswahlkreis; rechnen man nur für 100 Kreise stärkere Organisationen und nimmt man an, daß ein Teil derselben sich nur durch einen oder zwei Delegierte vertreten lassen, so kommt man doch schon auf mindestens 600 Delegierte, also auf mindestens 700 Teilnehmer im ganzen. Damit ist bereits die Grenze fast überschritten, bei einer noch größeren Zahl hört die Möglichkeit einer wirklichen Beratung einfach auf. Wir leben das ja selber alle Jahre. Wie müssen uns eben leider mit dem Gedanken vertraut machen, daß je größer eine Organisation ist, umso mehr auch die Rücksicht auf das Einzelindividuum zurücktreten muß.

Mit dieser großen Zahl der Teilnehmer hängt auch der Beschluß zusammen, den ordentlichen Parteitag statt wie bei den heutigen Volkspartei alle drei Jahre und bei den beiden anderen Parteien alle Jahre, künftig alle zwei Jahre zusammenzutreten zu lassen — außerordentliche natürlich nach Bedarf. Es ist dabei zu bedenken, daß daneben ja unsere alljährliche württembergische Landesversammlung bestehen bleibt, und daß die Lokal- und Bezirksverbände noch zu tagen haben. Es fehlt also an Gelegenheit zur Meinungsäußerung nicht. Außerdem aber muß ja der Zentralausschuss, der jetzt schon stärker sein wird, als manche württembergische Landesversammlungen der vorigen Jahre, formell jährlich mindestens einmal, tatsächlich jedenfalls mehrere Male des Jahres einberufen werden.

Der ganze Aufbau des Zentralausschusses wie des Parteitag ist konsequent

### demokratisch-föderalistisch

durchgeführt. Es kann niemand in diese Organisationen gelangen, außer durch das Vertrauen der Wähler, als Abgeordneter, oder durch das Vertrauen der Parteigenossen als Delegierter. Jeder Unterverband kann und soll womöglich vertreten sein; auf der anderen Seite ist ausgeschlossen, daß einzelne besonders große und starke Verbände oder zufällige lokale Befugnisse sich einen ungebührlichen Einfluß verschaffen. Ein gesundes Vertrauen der anderen gegen die Berliner und der Berliner gegen die anderen haben sich schon die Wege gehalten und nach menschlicher Voraussicht glücklicher Lösung geführt, welche die Entscheidung über alle Parteiwahlen ausschließlich in die Unterverbände legt.

Kreuzerfindung sind, was den Zentralausschuss anbelangt, zwei Würde mehrfach diskutiert worden. Einmal soll einer Anzahl von Vertretern der Presse von amtswegen Sitz und Stimme im Ausschuss verliehen werden. Das wäre falsch und widerspricht dem ganzen Aufbau der Organisation. Es gibt keine geborenen Parteileiter bei uns, in die Parteileitung wird nur berufen, wer kraft seiner Tätigkeit im Dienste der Partei und kraft des Vertrauens seiner Wähler oder Parteigenossen, dazu bestimmt wird, sonst niemand. Unsere Erfahrungen gehen auch nicht dahin, daß es bis jetzt der Presse an Vertretung innerhalb der Parteileitung gefehlt habe; es ist für uns ganz selbstverständlich, daß sie zu ihrem Recht auch in der neuen Organisation kommen wird und kommen muß, ohne daß wir, im Begriff Privilegien aller Art zu beseitigen, bei uns selbst einen neuen privilegierten Stand zu schaffen notwendig haben.

Weiter wird verlangt, daß die Süddeutschen Parteien in der Parteileitung vertreten sein sollen, als ihnen nach ihrer äusseren Bedeutung zuzume. Auch das wäre falsch. Wir können als Demokraten kein Vorrecht für uns verlangen, wir müßten auch keines zu begründen. Ich anerkenne nicht, daß wir einer besonderen Protektion bedürftig wären, nur uns unserer Partei zu wehren, das haben wir noch überall und allzeit fertig gebracht, oder daß man uns erst künstlich aufpöppeln müßte, damit wir die Konkurrenz mit den Norddeutschen aufnehmen in die Lage kommen. Wir sehen weder an politischem Verständnis, noch an politischer Erfahrung, noch an politischer Energie hinter den anderen zurück und auch in der neuen Partei wird der Satz gelten, daß jeder der Partei so viel wert ist, als er für sie leistet. In uns unsere Schuldigkeit, wie ich überzeuge bin, so wird mehr sie uns und unsere Bestrebungen dabei herauskommen, als wenn wir den anderen eine Art Schutzgürtel zu unseren Gunsten auflegen. Nur nicht ängstlich!

Die brennende Sorge, die uns zunächst beherrschen dürfte, ob nicht die neue Partei durch ein zu starkes Zentralisieren des Eigenlebens der Landes- und Bezirksverbände zu schwachem und unheilbarem Schaden der freiwirtschaftlichen Entwicklung unterliegen werde, darf als beseitigt gelten. In die örtlichen Angelegenheiten und die Angelegenheiten der einzelnen Parteien oder Länder hat niemand von aussichts wegen ein Wort zu sagen, solange sie auf dem Boden des Parteiprogramms zu bleiben und den Zusammenhang unter sich und mit der Partei aufrechterhalten. Das wollen und werden wir ja auch tun, im übrigen aber werden wir ohne Vorwand und ohne Vorzeichen unsere eigenen Angelegenheiten nach unserem besten Wissen und Können erledigen und gönnen den anderen von uns den selben Recht für sich und ihre Angelegenheiten. Ich habe demgegenüber den vielfach bei uns aufgetauchten Be-

fürchtungen anzuerkennen, daß gegen die von mir in dieser Richtung vorgeschlagene Formel von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden ist. Noch mehr Schrankenregeln für die Zentralisation und die Selbständigkeit des Individuums innerhalb der Partei zu verlangen, war mir nicht möglich. Ich habe tatsächlich keine mehr gemüht.

Auch mit der Lösung der Frage, wie es bei

### Stichwahlen

zu halten sei, eine Frage, die bei uns und nicht minder bei der freisinnigen Volkspartei in Norddeutschland aus ungeklärten Ursachen die schwersten Gewissensbedenken hervorgerufen zu haben scheint, können wir glaube ich zufrieden sein. Der Bezirksausschuss hat diesen gordischen Knoten einfach im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Parteigenossen durchgehauen. Es handelt sich hier um eine Unsamme künftiger einzelner tatsächlicher Fragen. Wie sich später einmal lösen werden, vermag niemand voraus zu sagen; sie im voraus durch die Parteipresse zu regeln ist unmöglich. Es kann sein, daß, wenn sich in einem gegebenen Zeitpunkt einmal eine einheitliche Anschauung nicht vorfinden sollte, die Partei dann unter der Zweipoligkeit der Anschauungen leidet, obwohl auch einmal verschiedeneartige Taktiken neben einander ganz wohl am Platze sein können. Jedenfalls aber wollen wir lieber einmal eine einstimmige in Kauf nehmen, als daß durch eine Majorisierung von Parteifragen für die Minderheit das Gefühl der Bergewaltigung und der Zwang entsteht, eine politische Aktion vorzunehmen, die der inneren Überzeugung widerspricht. Zu entscheiden haben nun die Wähler des Wahlkreises. Die neue Partei spricht, indem sie ihnen die Entscheidung überläßt und die Verantwortlichkeit überträgt, ihnen damit ein hohes Maß von Vertrauen aus, dem sie auch zu entsprechen wissen werden.

Heber die

### Übergangsbestimmungen

ist wenig zu sagen. Sie sollen, mit Recht, für die ersten Jahre etwa mögliche Uebergangsbestimmungen und daraus erwachsende Bestimmungen ausschließen. Wir dürfen nicht vergessen, daß einzelne Gruppen der beiden anderen Parteien sich seitdem so schroff gegenübergestellt sind, daß es ihnen schwer fallen wird, sich vertrauensvoll aneinander zu gewöhnen. Ueber Mängel an Berücksichtigung unserer Interessen dabei zu klagen haben wir Deutschen Parteimitglieder, wie Sie sich selbst anrechnen können, sicherlich keinen Anlaß.

Was die künftige Stellung der bisher konkurrierenden Vereine der verschiedenen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken zu einander anbelangt, so hat diese Vereine der Bezirksausschuss auf den Weg der Verständigung verwiesen. Bei uns werden große Schwierigkeiten nicht entstehen. Natürlich kann die Fusion nicht von der Zustimmung jedes einzelnen Parteigenossen oder jedes Vereins abhängig gemacht werden. Darüber entscheiden die Parteien; sind aber diese einmal zustimmend, so ist es damit auch jeder Verein, und es ist dann ihr Recht wie ihre Pflicht, nur ein Herz und eine Seele zu sein. Es ist dabei selbstverständlich, daß die Mitglieder jeder Partei, die sich der neuen Partei anschließen, ohne weiteres ebenso vollberechtigte Mitglieder dieser sind wie wir auch.

Wir wollen ja nichts anderes, als daß ohne kleinliche Eifersucht, ohne Reiz und ohne Hemmung die Kräfte aller dieser frei und gleich zusammengelassen werden, die mit uns ihr Bestes einsetzen wollen, dem Vaterland wie der Freiheit zu dienen.

Aud nun noch ein Wort über den Namen „Deutsche Freisinnige Volkspartei“. Er verdammt seine Entstehung nicht einem Bliz des Genies, ihm ist auf die Stirne geschrieben, daß er ein Produkt des Nachdenkens und Nachgehens ist. Er blieb übrig, nachdem sich herausgestellt hatte, daß wir keinen anderen finden konnten, auf den wir uns hätten einigen können. Es ist mir ein Trost, daß selber auch andere das Wort noch nicht gefunden haben, das alle erfüllen soll.

Wir können uns nicht einmal rühmen, den Namen erkunden zu haben, oder höchstens nur zweitemal. Im Reichstagshandbuch und im amtlichen Protokollverzeichnis des Reichstags lautet nämlich das, was sich sonst „Freisinnige Volkspartei“ nennt, wie ich erst nachträglich erwidert habe, seit mindestens 15 Jahren in aller Stille als „Deutsche Freisinnige Volkspartei“. Wir beiden anderen Parteien waren also entgegenkommender gewesen, als wir uns bewußt waren.

Damit sind auch schon die Bedenken gegen die Länge des Namens beseitigt. Die Progre wird ihm schon fassen, wie sie es auch hier getan hat, und wenn sich dabei herausstellt, daß das „deutsche“ ein Opfer der Kürze wird, so werden wir das ertragen können.

Wir wollten aber die „Volkspartei“ in der Firma haben, weil reichlich zwei Drittel der künftigen Parteigenossen zurzeit einer Volkspartei angehören und der Name gut und bewährt ist. Wegen des Beiwort „freisinnige“ war nichts einzuwenden, weil drei Viertel der künftigen Parteigenossen zurzeit sich als freisinnig bezeichnen. Das „deutsche“ haben wir dazu herbeigezogen, einmal weil es vielen unsympathisch ist, daß sie ohne jede Abänderung die Namenbezeichnung einer Partei annehmen können, die sie eben unter dieser Bezeichnung bis in die neue Zeit oft und viel bekämpft haben, und dann, weil wir Süddeutschen uns selber so bezeichnen haben.

Es wäre nun meines Erachtens am besten, man ließe den Namen, wie er einmal vorgeschlagen ist, und wartete ab, was das Leben uns ihm machen wird. Etwas fassliches ist jedenfalls nicht in ihm. Wir von unserem Standpunkt werden nur Wert auf die „Volkspartei“ legen, die von der Stunde unserer Gründung an bis heute unser Banner war, die Befehle sind für uns weniger wichtig; wir entscheiden sie sogar leicht gütlich.

Nur gegen ein Beiwort habe ich geglaubt im Sinne unserer politischen Richtung mich auf das entscheidende wehren zu sollen. Es handelt sich um die Bezeichnung, die Partei „liberale Volkspartei“ zu nennen, das aber ist wenn auch für andere Teile des Reichs der Name glücklich gewählt sein mag, die Flagge nicht, unter der wir württembergischen Demokraten setzen und kämpfen können. Wir sind nach unserem Gefühl etwas mehr als liberal, jedenfalls in dem Sinne, wie das Wort bei uns zu Lande gebraucht wird. Wir haben Jahrzehnte hindurch unsere beste Kraft an den Kampf gegen diejenigen wenden müssen, die statt fortschrittlich oder demokratisch zu sein, nichts weiter als liberal gewesen sind.

Es widerspräche unserer Vergangenheit und wäre für das, was wir wollen, falsch, hielten wir uns von ihnen in dem Augenblick ihren Namen, in dem wir entschlossen sind, mit vermehrter Kraft den Kampf für unsere demokratischen Ideale anzunehmen. Kein Wunsch wäre gewesen, die neue Partei als demokratische zu bezeichnen. Er konnte nicht erfüllt werden, weil mit Recht eingewendet wurde, daß nicht alle, die ihr angehören werden, Demokraten sind. Das habe ich respektiert, dagegen aber auch mit Erfolg verlangt, daß eine allgemeine Bezeichnung gewählt wird, die auch wir Demokraten uns belegen können, ohne uns dem, wenn auch falschen, Verdacht auszusetzen, als ob wir von dem, für was wir bisher gekämpft haben, oder von der Energie, mit der wir früher gekämpft haben, auch um ein Teilchen preisgeben wollten. Ich glaube, daß ich dabei im Sinne der Württ. Volkspartei gehandelt habe.

Zuletzt mein Bericht. Heute ist noch nicht die Stunde des Rücktritts und des Abschieds, die uns auch nicht erspart werden wird. Sie wird wohl kommen auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei, die für uns das entscheidende Wort sprechen wird. Heute müssen wir uns darauf beschränken, unsere Proteste oder Wünsche geltend zu machen. Wir sind die erste größere Organisation, die sich mit den Entwürfen befaßt, und es wird einiges von der Art abhängen, wie wir uns äußern. Mehr Selbstbeschränkung und mehr Vertrauen, als wir selbst denken, dürfen wir von den anderen auch nicht erwarten. Wenn ich mir einen Rat gestatten darf, ginge er dahin, wenn immer möglich an den Entwürfen nichts zu ändern. Nicht als ob sie der Verbesserung und Beseitigung nicht bedürftig wären. Wenn sein Gewissen zu einem Protest treibt, der erbebe seine Stimme. Wer aber nur Ergänzungen, Verbesserungen oder gar nur Beseitigerungen bezweckt, halte sich zurück. Aufschub gibt jeder abändernde Beschluß, den eine der drei Parteien gibt, jedenfalls, und Beseitigung wäre mehr am Platze. Jeder, der eine Abänderung der ohne Abstimmung einmütig beschlo-

fenen und in leidlichem Gleichgewicht aufgestellten Entwürfe nur der einen Richtung verlangt, bedeuft, daß dann daselbst auch nur der entgegengesetzten Richtung verlangt werden wird, und erwidert, daß nicht so leicht wie in des Bezirksausschusses stillen Räumen die Gegensätze ausgeglichen sein werden, wenn eine Parteibeschluß und Parteibeschluß öffentlich aufeinanderprallen. Im besten Fall gibt es eine Berührung, und endlich wollen wir uns doch auch bewußt bleiben, daß nicht das Programm das Entscheidende ist, sondern der Wille, der es durchführt, und nicht die Formel der Satzung das Entscheidende, sondern die Arbeit die innerhalb der Partei geleistet wird.

Diese gemeinschaftlich organisierte zielbewusste Arbeit abzuführen so rasch wie möglich und so energisch als möglich anzunehmen, das scheint mir für die nächste Zeit bei allen drei Parteien die vornehmste und auch die dankbarste Aufgabe zu sein.

### Stimmen der Presse.

Die glänzende Tagung der württembergischen Volkspartei findet in der gesamten Tagespresse weitgehende Beachtung, insbesondere auch unter dem Gesichtswinkel der Stellungnahme der Partei zur Einigung der Linken. Der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ hat am dem Stuttgarter Parteitag die Überzeugung gewonnen,

„Das Programm und Organisationsstatut ohne große Änderungen angenommen werden, und es werde sich als ein brauchbares Instrument erweisen, wenn es nur in richtigem Geiste angewandt wird. Schließlich kommt es ja nicht so sehr auf die Form an als auf den Inhalt, der man ihm zu geben weiß, und wenn der gut demokratische Geist von dem das Einigungsprogramm durchweht ist, sich in die Tat umsetzen kann, dann wird der Freiheit und dem Fortschritt die Bahn gebahnt sein!“

Eingangs dieser Besprechung wird der Parteitag dem hin charakterisiert:

„Mit vollem Bewußtsein der Sachlage und aus ehrlicher, festgegründeter Überzeugung heraus hat dieser Parteitag, der außerordentlich stark aus allen Teilen Württembergs beschickt war, sich auf den von den Führern vertretenen Standpunkt gestellt und nicht nur von neuem der Tendenz der Einigung, sondern auch der dafür gefundenen Formulierung zugestimmt. Es herrschte von Anfang bis zum Schluß eine gehobene, begeisterte Stimmung und die feste Zuversicht, daß es um die volksparteiliche Sache im württembergischen Lande, wie im ganzen Reich gut bestellt sei, und daß die Gemeinschaft einträchtigen Schritts vorwärts verbringe, wofür nur alle jetzt mit voller Talfracht die politische Arbeit aufnehmen und organisieren und ausführen helfen. Daß die Württemberger es dieser Beziehung nicht an sich fehlen lassen werden, das ist nicht bloß aus den abgegebenen Erklärungen, sondern auch aus „den Privatäußerungen als fester Wille hervor.“

Der „Beobachter“ betont, daß die diesjährige Landesversammlung die glanzvollste und bedeutungsvollste gewesen sei und stellt in Bezug auf die Einigungsfrage fest, „die ganze große Versammlung wollte den Zusammenstoß mit einer begriffsten Bestimmtheit, in der Richtung, als lebendiges Glied sich dem Ganzen einzureihen, in ihm aber die demokratische Eigenart mit der überkommenen Energie und Fleißarbeit auch weiter zu verfolgen.“

Auch die „Württembergische Zeitung“ sieht das Gepräge der Lage in dem Aufstehen einer einheitlichen politischen Grundstimmung, die man während der Blockpolitik in der Demokratie vermisst habe. Das „Neue Tagblatt“ schreibt:

Wenn eine Persönlichkeit wie Papier antündigt, daß das Programm von dem alten Geist der Demokratie durchweht sei, daß sein Wort darin stehe, das ein alter Parteimitarbeiter nicht unterschreiben könne, so darf man annehmen, daß das keine Floskel ist, sondern daß damit ein alter und bewährter Politiker ein Bekenntnis ablegt, das für ihn und seine Partei entscheidend sein wird und das nicht ohne die ernsteste und genaueste Prüfung ausgesprochen sein kann, und solchen Führer wird die Partei folgen, in der Geschlossenheit, wie es geschah. Der geistige Tag der Volkspartei fand unter einem guten Stern. Er hat den Auftakt für die Verhandlungen der anderen Parteigruppen gegeben, und es sieht zu hoffen, daß auch sie weitere gute Töne bringen werden zu einer Symphonie, in der kein Richter zu finden ist. Ein Geist von Königshagen bis Straßburg, wie Konrad Haufmann in schöner Begeisterung sagte, muß den Liberalismus erfüllen und erheben. Dann wird er seine Stellung nach rechts und links sichern, und auch die Regierungen werden mit ihm zu rechnen haben.

Die politischen Nachbarn der Volkspartei zur Rechten und Linken, die nationalliberalen und sozialdemokratischen Blätter, suchen aus der Annahme des Einigungsprogramms eine Rechtschwenkung der Volkspartei zu folgern. Der „Schwäbische Merkur“ meint, mit der Annahme der Fusion habe die alte schwäbische Demokratie, die Partei der Achtundvierziger, aufgehört zu existieren. Alle Forderungen, die in der Geschichte der Volkspartei eine Rolle spielten, seien in die Vergangenheit gefallen. Niemand werde darüber größere Verachtung empfinden als der gemäßigtere Liberalismus. Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ behauptet, das Präbisch „demokratisch“ würden die künftigen Dreikönigsparethen der Volkspartei nicht mehr in Anspruch nehmen können. Ihr Glaube an die Auferstehung der Demokratie in der neuen Partei sei ein sehr schwacher.

Dazu wird nicht Recht bemerkt, es bedürfe gar keiner Auferstehung der Demokratie, weil diese gar nicht aufgehört, zu existieren, sondern auch in der neuen Form lebendig bleibt. Die Fusion und das Programm nehmen der demokratischen Gruppe nichts von ihrer Eigenart, und es ist ein Uninn, von einer Rechtschwenkung zu sprechen. Mit dem Aufgehen in der größeren Partei gibt die deutsche Volkspartei durchaus nicht sich selbst und nie von ihr bisher vertretenen Forderungen auf. Nicht nur ist organisatorisch, durch die Durchführung der Dezentralisation, die genügende Selbständigkeit, sondern auch durch Fassung des Einigungsprogramms dafür gesorgt, daß die alten Forderungen nach wie vor vertreten werden können.

### Rundschau.

#### Die Eisenacher Nationalliberalen

haben noch in letzter Stunde Vertrauen angenommen und an Stelle des mit der Mitgliedschaft des Bundes der Landwirte befaßten Landwirten Krug den Rechtsanwalt Dr. Appellius als Kandidat für den Wahlkreis Eisenach-Terubach präsentiert. Dr. Appellius gilt als ein Mann von entschieden liberaler Gesinnung, er hat angeblich an dem Zustandekommen des direkten Wahlverfahrens als Abgeordneter im sachsen-weimarschen Landtag hervorragenden Anteil gehabt. Auf seinen Namen werden sich die Kreismitgliedern des Kreises einigen können, so daß die Hoff-



zung besteht, den Wahlkreis den reaktionären Schackanten endgiltig zu entreißen.

### Eine deutsch-englische Verständigung in Sicht.

Legationsrat v. Rath, Mitglied des preussischen Landtags, bespricht in der „Neuen Freien Presse“ die hauptsächlichsten Differenzpunkte zwischen Deutschland und England und weist auf die Möglichkeit hin, darüber zu einer dauernden Verständigung zu gelangen. Der neue Reichslanzler, so führt Rath aus, sei anscheinend geneigt, vom Kurse seines Vorgängers abzuweichen, dessen getrübbtes Verhältnis zu den englischen Staatsmännern auf die Intensität seiner Verhandlungspolitik hemmend eingewirkt habe. Bethmann-Hollweg habe seine Schonzeit geschickt benutzt, um den Einfluss des mit dem Kanzleramt unmittelbar verbundenen auswärtigen Ressorts gegenüber den Marinepolitikern sicherzustellen. Es seien mit England bereits Verhandlungen im Gange, die, wenn die liberale Regierung in England am Ruder bleibe, einen beiderseitig befriedigenden Ausgleich erwarten lassen.

### Eine Vorgesichte zum russisch-japanischen Krieg.

Die „Monde Illustré“ und der „Marin“ veröffentlichten Altensätze zur geheimen Vorgesichte des russisch-japanischen Krieges, die von dem russischen Revolutionär Burzess geliefert wurden. Darnach trieb eine vom Jaren begünstigte Kamarka, an deren Spitze Alexejew, Besobrasoff u. a. standen, eine Politik auf eigene Faust ohne Wissen der Minister. Besonders wichtig ist eine Depesche des Jaren an den Statthalter Alexejew, die bald nach der Versicherung des Jaren erging, daß er unter keinen Umständen den Krieg wolle, in der er es als wünschenswert bezeichnet, daß die Japaner die Offensive ergreifen.

### Tages-Chronik.

**Karlsruhe, 7. Januar.** Die in Tiengen im Amt Waldshut erscheinende „Oberbadische Volkszeitung“ hört am 1. April ds. Js. auf, Organ des Bundes der Landwirte zu sein. Die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte erklärte sich vor einigen Tagen mit einem entsprechenden Antrag des bisherigen Truders einverstanden. Damit wird das Fiasko der Bändlerbewegung in Oberland treffend gekennzeichnet.

**Köln, 7. Jan.** Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Unmittelbar nach dem Zusammentritt des Reichstages wird diesem ein Gesetz über die Schaffung eines Kolonialgerichtshofes vorgelegt werden, der in dritter und letzter Instanz in allen kolonialen Rechtsstreitigkeiten rechtszusprechen berufen ist; ebenso steht die Vorlage eines Gesetzes über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kolonialbeamten bevor.

**Köln, 7. Januar.** Eine heute abend unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten abgehaltene, sehr zahlreich aus allen Kreisen der Bürgerschaft besuchte Versammlung beschloß die Gründung eines Ortskomitees zur Schaffung eines nationalen Bismarck-Denkmals in der Nähe von Bingen. Auch in anderen größeren rheinischen Städten wird die Konstituierung solcher Komitees vorbereitet.

**Köln, 8. Januar.** Nach einem Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ hat der Wirt von Hodeida über die Ermordung der beiden Weisenden Burchardt und Benzoni gemeldet, daß sie beim Passieren einer Schlucht von Eingeborenen die sich hinter Aufschüßern versteckt hatten, erschossen worden sind. Burchardt ist von 4, Benzoni von 3 Schüssen getötet worden. Beide waren sofort tot.

**Strasbourg, 7. Jan.** Die Bischöfe von Strasbourg und Metz haben auf das Schreiben des Staatssekretärs Jörn von Dulach geantwortet, daß sie zu ihrer Haltung in der Lehrfrage berechtigt und verpflichtet seien. — Natürlich!

**Salons-sur-Marne, 8. Jan.** Latham unternahm gestern Nachmittag einen Aufstieg, der 114 Stunden dauerte und erreichte eine Höhe von 1050—1180 Meter. Er hat damit den bisherigen Höhenrekord geschlagen.

### Aus Württemberg.

#### Dienstnachrichten.

Die evangelische Stadtpfarrei Riedlingen, Dekanats Vöhrach, dem Pastoren Dr. Hermann Fündelien an evangelisch-theologischen Seminar in Maulbronn, die 2. evangelische Stadtpfarrei in Vöhrach dem 3. Stadtpfarrer Hopy daselbst, und die evangelische Pfarrei Weiskirchen, Dekanats Weiskirchen, dem Pfarrverweser Emil Werle in Pappelau, Dekanats Blaubeuren, übertragen worden. Oberbaurat Ingler in Oettingen wurde seinem Ansuchen gemäß unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand versetzt. Dem Bauinspektor Bartsch die Stelle eines technischen Bauinspektors bei der Eisenbahninspektion Leutkirch übertragen und der Hauptinsp. Goldschmidt bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf die Stelle eines Oberinspektors bei dieser Generaldirektion befördert.

**Die Bauordnungskommission** der Zweiten Kammer begann am Freitag mit der Beratung der abweichenden Beschlüsse der Ersten Kammer zum Entwurf einer Bauordnung. Zunächst wurde darüber, ob die Beratung einiger grundlegender Fragen einer Subkommission überwiesen werden soll, die Entscheidung auf die nächste Sitzung zurückgestellt. Sodann erstattete der Berichterstatter zu Artikel 29 des Entwurfs ein eingehendes Referat, dem vom Mitberichterstatter im wesentlichen zugestimmt wurde. Das Referat beschränkte sich auf allgemeine leitende Grundsätze. Einzelheiten werden in der folgenden Sitzung behandelt.

**Der 10. Württ. Handlungsgehilfenstag** war am Erscheinungsfest in Ehlingen versammelt. Der Vorsitzende des Ausschusses der württ. Handlungsgehilfenstage, G. Schuster-Stuttgart, begrüßte die Versammlung. Als Vertreter der Zentralstelle für Handel und Gewerbe und zugleich im Auftrag des Ministeriums des Innern war Oberregierungsrat Straß erschienen. F. Behringer-Stuttgart sprach über „Die Kaufmannsgerichte in Württemberg.“ Es wurde eine Entschließung

angenommen, die die Forderungen der Handlungsgehilfen nach lückenlosem Ausbau der Kaufmannsgerichte zum Ausdruck bringt und zugleich die Wege zeigt, wie innerhalb der Landesgrenzen dem erstrebten Ziele am besten nahezu-kommen sei. G. Vöfelherdt-Reutlingen besprach die Entwicklung des Kaufm. Unterrichtswezens, namentlich seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes betr. Gewerbe- und Handlungsschulen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die eine Verbesserung der bestehenden Unterrichts-möglichkeiten für junge Kaufleute, besonders in kleinen Städten verlangt und zu dieser Arbeit vor allem die Gemeinden und kaufmännischen Korporationen heranziehen will. Den Vorträgen schloß sich eine freie Aussprache an. — Am 3 Uhr nachmittags versammelte sich der Gau Schwaben im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Bund zu seiner 73. Jahresversammlung. Der Geschäftsführer für Württemberg, Hr. Behringer-Stuttgart gab einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Organisation im Jahre 1909. Er stellte fest, daß auf dem Gebiet der kaufm. Sozialpolitik sehr ansehnliche Erfolge erzielt wurden und die Organisation selbst eine weitere Ausbreitung erfahren habe. Der gegenwärtige Stand der Bewegung im Lande läßt günstige Resultate auch für das kommende Jahr mit Sicherheit erhoffen. Die Kauf-verhältnisse sind zufriedenstellend. Die Neuwahlen ergaben: F. Behringer als Gauvorsitzer, K. Kühne als Gaugeschäftsführer, F. Schmidpeter als Gaurechner und G. Schuster als Vertreter des Gaues im Ausschussrat.

**Der dritte Gewerbelehrekurs** wurde am Freitag in Stuttgart eröffnet. Einleitend hielt der Gewerbeoberinspektor, Präsident von Kroschke eine Ansprache, in der er bemerkte, daß er von jeher bestrebt gewesen sei, einen tüchtigen und gut ausgebildeten Lehrstand zu gewinnen. Hier, in Stuttgart seien besondere Stürze für Techniker und Kunstgewerber eingerichtet, daneben würden noch Personen, die dem Volksschullehrerstand angehören, an der Gewerbelehrebildungsanstalt in Karlsruhe ausgebildet. Von den mehr als hundert Bewerbern habe man diesmal für den Kursus die 22 tüchtigsten heraus-gesucht, was die Gewähr dafür biete, daß wiederum tüchtige Lehrkräfte herangebildet werden. Zum Schluß bedankte sich Präsident von Kroschke bei den Lehrern für ihre Mähe-waltung und übergab den Kurs dem schultechnischen Mit-gliede des Gewerbeoberinspektors, Regierungsrat Hartmann. — Die Teilnehmer haben nach dem Kursus, der ein Jahr dauert, noch einviertel Jahr praktisch zu arbeiten. Alsdann erst werden sie zur Prüfung als Gewerbe-schullehrer zugelassen.

**Handwerk und Submission.** Mit den neuen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen hat sich un-länglich auch die Verbandschaft der Stuttgarter Hand-werkskammer befaßt. Sie begrüßt diese Bestimmungen insofern, als sie tatsächlich dem Handwerker bei der Beteiligung an Submissionen wesentlich günstigere Bedingungen einräumen. Dagegen ist die Fassung der neuen Bestimmungen, „In geeigneten Fällen kann es sich empfehlen, Entschäden seitens des organisierten Handwerks einzuziehen“ viel zu unbestimmt, da dadurch das Herbeiziehen der Entschäden ganz in das Belieben der Behörden gestellt wird, die wohl in den seltensten Fällen davon Gebrauch machen würden. Der Vorstand spricht sich daher gegen die Einführung des neuen Gesetzes aus, hält es aber für dringend notwendig, daß der Abg. 14 Jiff. 111 folgende Fassung erhält: „Bei der Aufstellung von Boranschlägen und Preis-berechnungen oder vor der Erteilung des Auftrags sind Sach-verständige des organisierten Handwerks beizuziehen.“ Von den neuen, sich auf die Sicherheitsleistungen beziehenden Bestimmungen ist derjenige zu widersprechen, wonach Sicherheiten bis zu 1000 M. (bisher 500 M.) durch Ein-behaltung von Anzahlungsbeträgen eingezogen werden können. Außerdem wurde noch eine Ergänzung der Submissionsbestimmungen nach verschiedenen Richtungen empfohlen. So soll die Ausschreibung der Arbeiten, wo irgend möglich, in kleineren Losen gesehen und die Lose sollen nicht zusammen an einen Generalunternehmer vergeben werden. Innungen und Gewerkschaften sollen daher zur Eingabe auf die Gesamtarbeit zugelassen werden. Von den Bauämtern soll eine angemessene längere Frist von der Vergütung der Arbeiten bis zu ihrer Fertigstellung gewährt werden. Bei Streit ohne Verschulden des Unternehmers soll sich die Verstellungs-, bezw. Lieferungsfrist um die Dauer dieses Streits verlängern. Zur Mitwirkung bei Auf-stellung der besonderen Bedingungen, sowie bei den Vorarbeiten für die Aufschlagserteilung soll eine aus Beamten des Bauamts und aus vom organisierten Handwerk in Vorschlag gebrachten, nicht an der Submission beteiligten Sachverständigen bestehende Kommission gebildet werden, die die Kosten der Arbeiten und Lieferungen berechnen und der Baukommission das Angebot zur Aufschlagserteilung empfehlen soll, das dem ermittelten Preis am nächsten kommt. Bei der Vergütung sol-len solche Unternehmer unberücksichtigt bleiben, von denen der Behörde bekannt ist, daß sie ihre Lieferanten nicht bezahlen und Tarifgemeinschaften zwischen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht einhalten. In den Verträgen über die Übernahme staatlicher Arbeiten und Lieferungen soll vorge-schrieben werden, daß die übernommenen Lieferungen nicht ganz oder teilweise von Strafanhalten bezogen werden dürfen.

**Stuttgart, 7. Jan.** Wie die Schwäbische Tagwacht mitteilt, ist der Milchkrieg in Stuttgart nun in voller Schärfe entbrannt. Es ist der von der Sozialdemo-kratie und den Gewerkschaften eingesetzten Kommission ge-lungen, tausend Liter Milch von besser Qualität, zu billi-gem Preise zu erhalten. Die Milch wird Abnehmern für 19 Pfg. das Liter (die Milchhändler verlangen gegen-wärtig 21—22 Pfg.) frei ins Haus geliefert. Es ist ein großer Betrieb mit modernen Maschinen und allen zeit-gehemmen Einrichtungen organisiert. Die neue Verjörgung der Stadt beginnt zunächst in Pöslach, nächste Woche wird der Bezirk West einbezogen usw. Wie das Blatt weiter mitteilt, waren Partei und Gewerkschaften gewillt, mit der Händlervereinigung gemeinsam gegen die Milch-verteuerung Front zu machen. Der Vorstand der Milch-händlervereinigung weigerte sich aber, mit der Milchkom-mission der Partei und der Gewerkschaften gemeinsam zu arbeiten. Die Wirkung dieses Vorgehens der Sozialdemo-kratie war geradezu verblüffend, indem die Milchhändler in den Bezirken, in denen die Milchkommission mit der neuen Milchversorgung vorgeht, auch ihrerseits die Preise herabzusetzen beginnen. Der Kampf gewinnt da-durch einen erbitterten Charakter, den die Schwäbische Tagwacht mit den Worten bezeichnet: es sei Feuer unterm Dach.

**Stuttgart, 7. Jan.** Der geschäftsführende Aus-schuss des württembergischen Landesverbandes vom Han-sabund hat sich in einer Sitzung mit der drohenden Verteuerung der Fernspreckgebühren beschäftigt. In einer längeren Erklärung wird darauf hinge-

wiesen, daß der Fernsprecher in Deutschland ohnehin keine so populäre Einrichtung ist wie in anderen Ländern. In der vorgezeichneten Verteuerung erblickt der Ausschuss eine Maßregel, die nicht nur weite Kreise der Bevölkerung, sondern auch die Reichspostverwaltung selbst schädige. Man ist der Meinung, daß die erwarteten Ueberschüsse sich durch eine Verbilligung viel eher erreichen lassen.

**Friedrichshafen, 7. Jan.** In einer gestern nachmit-tag im Hotel Post abgehaltenen, nahezu vollständig besuch-ten Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen, Deutschen Partei und des Jungliberalen Vereins wurde einstimmig beschlossen, bei der bevorstehenden Landtags-erswahl einen Kandidaten aufzustellen.

**Friedrichshafen, 7. Jan.** Gestern abend sechs Uhr ist in ihrer Villa hier die Witwe des verstorbenen Mi-nisterpräsidenten Freiherrn von Mittnacht, Frau Ang-e-lika von Mittnacht, im Alter von 75 Jahren ge-storben. Vor acht Tagen kam sie aus dem Marienhospital in Stuttgart nach Friedrichshafen zurück, woselbst sie ein-ige Tage später einen Hirnschlag erlitt, an dessen Folgen sie gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag drei Uhr statt. Frau von Mittnacht war eine Tochter des früheren Direktors Bucher am Gymnasium in Altwangen.

### Nah und Fern.

#### Die Ulmer Mäckerregel

wurde 1376 bis 1378 verfertigt und hatte ursprünglich 1698 Pfeifen und 27 Register. In die größte Pfeife gehen, wie ein altmährischer Brief sagt, 315 Maß Wein, daher der Register-nam dem Künstler, der diese Orgel gemacht hat, 315 Maß Wein, den man damals auf dem Markt haben konnte, samt 900 Gulden neben dem ordentlichen Nachlohn geschenkt hat.

#### Ein Fluchtversuch Haus.

Der durch den Nordprozess bekannte frühere Rechtsanwalt Hau, der seit seiner Verurteilung im Bruchsaler Zucht-haus untergebracht ist, hat in der Nacht vom 5. auf 6. einen Fluchtversuch gemacht, der beinahe gelungen und nur durch die Wachsamkeit eines Hundes vereitelt worden ist. Der Fluchtversuch wurde von Hau und einem anderen in einer über seiner Zelle untergebrachten Gefängnismauer mit Hilfe einer aus Drahtgeflecht hergestellten Steigleiter, die schon ange-legt war, in einem Augenblick überstiegen, in dem der Auf-schrei die Wache machte und mindestens 1/4—1/2 Stunde unter-wegs und abwesend war. So warteten sie bis 3 Uhr morgens, als der Aufseher mit seinem Hunde kam. Der Hund bekam Mitleidung und dadurch allein wurde der Fluchtversuch vereitelt.

#### Eine Mißgeburt.

Kürzlich wurde an dieser Stelle von einer Stallmih-geburt aus Gersheim im Badischen berichtet, wo ein Zwill-lingstalb vornen einen Fuß doppelter Länge und hinten drei Füße hatte. Auch in der Umgehung von Reulim kam so ein ähnlicher Fall vor. In Oberhausen kam am 4. Januar 1856 ein Kalb auf die Welt, das nur die zwei hinteren Füße hatte. Es lief mit aufrechtem Leib wie ein Mensch und übertraf, wie eine alte Schrift belegt, mit leichter Mühe alle Halber an Ge-schwwindigkeit.

#### Meine Nachrichten.

Einen seltenen Gast hatte die Polizeiwache in Ehlingen zu Oberbergen, nämlich eine — biederer Sau, die aus einem Schweinetransport ausgebrochen war und durch die Stro-chen der Stadt luftwanderte. Da sie keine Ausweis-papiere bei sich hatte, wurde sie aufgegriffen und zur Wache gebracht, wo sie von ihrem Besitzer, nachdem er sechs Stunden lang die Stadt nach ihr abgesehen hatte, mit Freude und Nahrung re-fugosiert und dem Bestimmungsorte zugeführt wurde.

In Hüttlingen Oß. Kalen ist die Frau des Anton Glaser von Sulzdorf tödlich verunglückt. Beim Fä-terschneiden fiel das daneben stehende Erdlämpchen um und erlöschte. Die Kleider der Frau fingen sofort Feuer, jedoch die Berührung in hellen Flammen fand und schwere Brand-wunden erhielt, denen sie jetzt erliegen ist. Zwei Söhne, die der Berunglückten zu Hilfe eilten, erlitten an den Händen schwere Brandwunden.

In Tüßlingen wurde nach vorausgegangenem Wort-wechsel in einer Wirtschaft der verheiratete Altfeinbändler Chr. Jeps! von dem ebenfalls verheirateten Korbmacher Joh. Gei-ger mit einem Halmmesser in die linke Rippenseite gestochen und durch einen 35 Zentimeter langen Schnitt schwer verlegt.

### Gerichtssaal.

**Stuttgart, 7. Jan.** Eine interessante Beleidig-ungsklage, die aus den Gegenständen innerhalb der württem-bergischen Eisenbahnunterbeamtenverbände entpringen ist, wird demnächst in Stuttgart stattfinden. Der Landtagsabgeordnete und Arbeiterssekretär Andre hat ein Mitglied des „Alten Ver-bandes“ wegen Beleidigung verklagt. Trotzdem dieses Mitglied bereit gewesen wäre, die in einem unbedachten Augenblick ge-brauchte Formalbeleidigung zurückzunehmen, ist Herr Andre hier-auf nicht eingegangen. In dem Prozeß wird auch Veranlassung vorhanden sein, den alten Streit zwischen den beiden Eisen-bahnunterbeamtenverbänden vor der Öffentlichkeit auszusprechen.

**Forstheim, 6. Jan.** Der etwa 25 Jahre alte Handlungsge-hilfe E. Reuz von Ehlingenbrang ging vor einiger Zeit auf Ent-ladung des Dienstmädchens Emilie Rohm von Würzburg hier-jweimal in die Wohnung der vertriehen Dienstherrschaft, eines Arztes am Schloßberg, und verleschte dort Schächerfunden. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Hausfriedensbruch zu 60 Mark, seine Geliebte zu 14 Tagen Gefängnis. Auf Be-erbung an die Strafkammer besserte diese dem Verurteilten auf eine Woche Gefängnis auf.

### Handel und Volkswirtschaft.

**Reichenbach Oß. Göppingen, 7. Jan.** Das an der Bahn-linie Stuttgart-Ulm projektierte große Zementwerk soll hier errichtet werden. Als Bauplatz ist das Andreas Hohlbauere-sche Anwesen samt 90 Ar Bauplatz am Preis von 65 000 Mark erworben worden. Die noch zu bildende Aktiengesell-schaft soll mit einem Kapital von 1 400 000 Mark arbeiten.

**Forstheim, 7. Jan.** Der hiesige Gütergroßhändler, Ries-bauunternehmer und Bärmerbesitzer Wang, ist in Konkurs ge-raten. Er hat noch vor wenigen Jahren bei der Verlegung des Güterbahnhofs ca. 100 000 M gewonnen, aber an anderen Ge-gständen auch wieder viel eingebüßt.

## Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung Par. 25 und 45 ff wird folgendes bekanntgemacht.

I. Zum Zwecke der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit

**vom 15. Januar bis 1. Februar 1910**

bei der Ortsbehörde zu melden:

1. Alle im Kalenderjahr 1890 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1910 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem Deutschen Reiche angehören (einschließlich derjenigen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben und ihre Zurückstellung nicht beantragen).

Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsort selbst erfolgt.

2. Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse oder als überjährig Zurückgestellte.

Diese Anmeldungspflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Lösungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Standes etc.) dabei anzuzeigen.

Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatzbehörden ausdrücklich hienon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3. Eingewanderte, bei früheren Aushebungen Uebergegangene etc. (R.-M.-G. Par. 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.

II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Diensthöten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Ort sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen der Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes, anzumelden, an welchem sein oder, sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder keinen dauernden Aufenthalt hat, noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsort und, wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter den letzten Wohnsitz hatten.

IV. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Weggang der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

III. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. II zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf Reise begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

V. Die Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht, ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Verpflichtung, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Ersatzbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Wildbad, den 7. Januar 1910.

Stadtschultheißenamt: Bähler.

## Karl Rometsch, Kürschner

empfiehlt

Gamaschen in Leder u. Loden  
von 3 Mk. an,  
Rodelmützen  
für Damen und Herren.

Rodelhandschuhe, :: Ledermanschetten,  
Rucksäcke.

Neuheit! **Damen-Mützen** Neuheit  
Kaufe Hasenfelle, Füchse, Marder etc.  
zu höchsten Preisen.

## Flaschenbier.

Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel, in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagerfaß auf Flaschen gezogen, empfiehlt

Wetzel, Rennbachbrauerei.

## Handarbeiten

in allen Preislagen und in großer Auswahl,  
ferner:  
Wolle, Häfelgarne, Stücgarne, Seide  
bieten

## Geschwister Freund.

K. Forstamt Meistern.

## Brennholz-Verkauf

Am Samstag, den 15. Jan.,  
Vormittags 10 Uhr auf der Forstamts-  
kanzlei aus Staatswald Meistern  
von Scheidholz 290 Nm. Nadelholz  
Anbruch.

Wildbad.

## Ca. 140 Zentner Heu und Dohnd

in den Scheuern am Charlottenweg  
lagernd, sind  
zu verkaufen.

Angebote mit Zentnerpreis sind  
bis Samstag, den 15. Jan.,  
vormittags 11 Uhr,  
zu richten an die

Kgl. Bad-Inspektion.

## Militär-Verein

Wildbad :: Königin Charlotte.

Heute Abend präzis 8 Uhr

## Singstunde

im Lokal.

Der Vorstand.

## Evgl. Kirchenchor

Wildbad.

## Singstunde

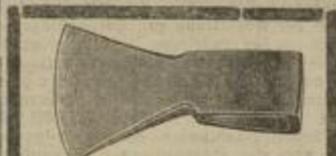
Damen 7/8 Uhr, Herren 8 Uhr.

Die verehrl. Mitglieder werden  
gebeten, pünktlich und zahlreich  
zu erscheinen.

Eine schöne

## Wohnung

von 2 Zimmern nebst Zubehör hat  
sich sofort oder bis 1. April zu vermieten.  
Wer, sagt die Expedition dieses  
Blattes. [7]



## Für Holzhauer

empfehle ich meine in vielen  
hundert Exemplaren verbreiteten

## Ärte u. Beile

Dieselben sind überaus halt-  
bar, schneiden scharf u. halten  
auch im gefrorenen Holz  
unbedingt. — Weitgehendste  
Garantie. Liefere alle sonstigen

## Werkzeuge

für Holzarbeiter. Preis-  
liste gratis und franko von  
Carl Henssler sen.

Altensteig.



## Hanoelsschule Schüssler.

Pforzheim, Pfingsterstraße 6 a.  
Gewissenhafte, gründliche  
Ausbildung in allen

## kaufm. Fächern.

Größter Erfolg garantiert!  
Damen u. Herren werden jeder-  
zeit aufgenommen.

## Zodes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten  
hierdurch die schmerzliche Mitteilung, daß  
mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß-  
vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

# Friedrich Walz

Mehrgemeister

gestern Abend 9 Uhr nach langem, schwerem Leiden im  
Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Die trauernde Gattin:  
**Friedricke Walz**  
geb. Eitel.

Wildbad, den 9. Januar 1910.

Beerdigung am Dienstag Nachmittag 3 Uhr.

## Militärverein Wildbad „Königin Charlotte“

Der Kamerad

# Friedrich Walz

Mehrgemeister

ist gestorben.

Die Beerdigung, an der die Kameraden sich recht  
zahlreich beteiligen wollen, findet am

**Dienstag, den 11. Januar 1910, nachm. 3 Uhr,**  
statt. — Antreten präzis 2 1/2 Uhr vor dem Rathause.

Wildbad, den 10. Januar 1910.

Der Vorstand.

## Empfehlung.

Der Unterzeichnete empfiehlt sich zum

# Aufsetzen, Ausmauern u. Instandsetzen

von Herden, Ofen, Kesseln etc., sowie zu  
**Maurer-Arbeiten jeder Art**  
bei sorgfältigster Ausführung und billigster Berechnung.

**Th. Hammer,**  
Rathausgasse 67.

## Empfehle große Auswahl in aller Art

# „Schuhwaren.“

gefütterte Lederstiefel,  
besetzte Filz-Schuh- u. Schnallen-  
Stiefel.

Filzhauschuh u. Kamelhaarschuh  
**Wilh. Treiber, Schuhmachermeister.**  
Spezialhaus moderner Schuhwaren.  
— Hinter Hotel Klumpp. —

## Hotels- und Pensionen

wollen im Interesse rechtzeitiger Lieferung die mir zugehenden  
Aufträge in Namenweberei als

**Tischtücher, Servietten, Handtücher, etc.**  
mir baldigst zukommen lassen.

Fertige

# Bettwäsche und Betten

**Ph. Bosh, Wildbad.**

## Geldlotterie

zu Gunsten der  
Kindererziehungsan-  
stalt Marienpflege  
Ellwangen (Tagl.).

1369 Geldgewinne: 40 000 „ Hauptgewinn 15 000 „  
Ziehung am 26. Januar 1910. [7]

Loose, Stück 1 Mk., sind zu haben bei

C. W. Bott.

## Schuhwaren-Geschäft

**Wilh. Lutz, Schuhmacher, Hauptstraße 117**

empfiehlt sein gut sortiertes Lager gutgearbeiteter  
Schuhe u. Stiefel jeder Art für Herren,  
Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder  
in Sommer- und Winterwaren, in einfachen, sowie feinsten  
Qualitäten. Ferner empfehle Turnschuhe, Gummi-  
galoschen, Holzschuhe mit u. ohne Filzfutter, Preise  
billigst. Sorgfältige Ausführung nach Maß. Reparaturen rasch u. billigt.

